

Fraktion DIE LINKE. im
Sächsischen Landtag
#sogehtsolidarisch Ende April
2021

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

ich sehne mich nach dem Tag, an dem die Corona-Pandemie auch in diesem Newsletter kein Thema mehr sein wird. Leider dauert das noch – Stand heute haben erst etwa zehn Prozent der Sächsinen und Sachsen den vollen Impfschutz, während Krankenhäuser erneut vor der Überlastung stehen. Wir müssen die Pandemie abbremsen, bis mehr Menschen aller Altersgruppen geimpft und somit vor einem schweren Krankheitsverlauf geschützt sind. Dazu ist eine mehrwöchige Ruhephase auch am Arbeitsplatz nötig – ausgenommen nur die lebenswichtigen Bereiche. Die Strategie, einseitig ins Privatleben und sowie einzelne Branchen einzugreifen und die großen Industrieunternehmen außen vor zu lassen, ist gescheitert.

In Sachsen mussten die meisten Kitas und Schulen wieder schließen, während die Industrie weiterarbeitet und die Leute brav auf Arbeit gehen sollen. Das versteht wohl niemand,

ebenso wenig den Umstand, dass der private Spaziergang reglementiert wird, während Beschäftigte auf dem Arbeitsweg in volle Bahnen und Busse gezwungen werden. Lieber nochmal für wenige Wochen konsequent sein als noch monatelang rumwurschteln!

Herzliche Grüße,

Kevin Reißig, *Pressesprecher*

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

Inhaltsverzeichnis

1. Impfstoff-Patente freigeben und schon jetzt Impf-Auffrischungen organisieren!
2. Notbetreuung für Alleinerziehende öffnen!
3. Für einen Bundes-Mietendeckel
4. Antrag für Lobbyregister nur durch die Linksfraktion unterstützt
5. CDU-Kultusbürokratie torpediert Gemeinschaftsschul-Gedanken
6. Umgestaltung der Berufsschul-Landschaft am Runden Tisch diskutieren
7. Digitale Semester hinterlassen Spuren
8. Höchste Zeit für ein Lieferkettengesetz
9. Abschiebungen schaffen Fakten zulasten der Menschenrechte
10. Auch das gibt's

Impfstoff-Patente freigeben und schon jetzt Impf-Auffrischungen organisieren!

Für Millionen Menschen existiert das Impfangebot immer noch nicht oder nur auf dem Papier. Auf sie kann die Debatte um Lockerungen für Geimpfte doch nur zynisch wirken. Sie muss schnell vom Tisch, indem der Impfturbo angeworfen wird. Noch ist nicht abschließend geklärt, ob und wie stark Geimpfte und Genesene andere Menschen anstecken können – wenn sie das nicht können, gibt es aber wohl keinen Grund mehr, diesen Menschen Grundrechte zu entziehen. Das werden dann wohl auch Gerichte feststellen. Es wäre fatal, wenn zu diesem Zeitpunkt noch viele Menschen ungeimpft wären. [Zwei andere Fragen gehören dringend auf die Kabinetttische](#). Gut ist indes, [dass das geplante „Gesundheitsnotstandsgesetz“ dort wohl nicht landen wird](#).



Notbetreuung für Alleinerziehende öffnen!



Thomas Kohler / flickr.com / CC BY 2.0

Wegen der „Bundesnotbremse“ im Infektionsschutzgesetz sind in Sachsen wieder fast flächendeckend die Schulen und Kitas geschlossen. [Wir fordern wie schon in früheren Wellen](#), die Notbetreuung für Alleinerziehende zu öffnen. Alleinerziehende und ihre Kinder leiden besonders stark unter der Pandemie, schon weil sie häufig in kleineren Wohnungen leben – sie sind auch stärker armutsgefährdet, Verdienstausschlag aufgrund von

Kinderbetreuung verschärft ihre Lage zusätzlich. [Aus der SPD-Fraktion kommt Unterstützung](#) – wir sind gespannt, wie sich die Regierung verhalten wird. Den versprochenen Landesaktionsplan zur Unterstützung von [Alleinerziehenden muss die Koalition auch endlich liefern](#).

Für einen Bundes-Mietendeckel

CDU und FDP haben erfolgreich für die Fortsetzung des Mietenwahns gekämpft: Das Bundesverfassungsgericht hat den Berliner Mietendeckel abgehoben, allerdings nicht, weil er an sich problematisch wäre, sondern weil die Länder ihn nicht regeln dürfen. Der Bund



Martin Heinlein / flickr.com / CC BY 2.0

Mieter zu schützen.

darf das durchaus – wir sehen auch die Staatsregierung in der Pflicht, in Berlin entsprechend tätig zu werden. Der Wohnungsmarkt kann und sollte reguliert werden, die Mietpreisbremse ist ein Anfang. Sie sollte endlich in Dresden und Leipzig angezogen werden, was wir beantragt haben, nachdem die Koalition so lange getrödelt hat. Zudem muss der Freistaat endlich landesrechtliche Möglichkeiten ausschöpfen, um Mieterinnen und

Antrag für Lobbyregister nur durch die Linksfraktion unterstützt



Sächsischer Landtag

Nicht erst die jüngsten Korruptionsfälle in der CDU zeigen, dass strenger kontrolliert werden muss, wer parlamentarisches Handeln wie und warum von außen beeinflusst. Ein Instrument kann ein Lobbyregister sein, das wir für den Sächsischen Landtag eingefordert haben. Wir wollen die Geschäftsordnung des Parlaments entsprechend erweitern. Allerdings haben die anderen Fraktionen das im Ausschuss für

Geschäftsordnungsangelegenheiten nicht mitgetragen. Wir bleiben dennoch am Ball!

CDU-Kultusbürokratie torpediert Gemeinschaftsschul-Gedanken



Das Kultusministerium arbeitet an der Verordnung zur Einführung der Gemeinschaftsschule und Oberschule+. Der Landtag hatte die neue Schulart [im Juli 2020 nach einem erfolgreichen Volksantrag ins Schulgesetz aufgenommen](#). [Der Verein Gemeinsam länger lernen e.V.](#), der den Volksantrag initiiert hatte, kritisiert nun die geplanten Detailregelungen – vor allem den

Umstand, dass die Eltern schon in der sechsten Klasse ihre Kinder auf ein Anforderungsniveau und damit auf den angestrebten Schulabschluss festlegen müssen, was die bisherige Selektion nach Klasse 4 eben nicht überwindet. Wir standen nicht nur hinter dem Volksantrag, sondern teilen auch die aktuelle Kritik [und fordern die Staatsregierung auf](#), Gemeinschaftsschul-Projekten den Weg zu ebnet.

Umgestaltung der Berufsschul-Landschaft am Runden Tisch diskutieren



Alexander Babl / flickr.com / CC BY-NC 2.0

Sachsen plant die Struktur seiner Berufsschullandschaft künftig auf der Landesebene und nicht mehr auf Kreisebene – das gibt das Schulgesetz vor. Um den entsprechenden [„Teilschulnetzplan für die berufsbildenden Schulen im Freistaat Sachsen“](#) ist eine harte Debatte entbrannt. Wir finden: Das Kultusministerium sollte keine Fakten schaffen, [bis an einem Runden Tisch eine einvernehmliche Lösung wenigstens gesucht worden ist](#). Das Angebot muss klug austariert werden,

auch zwischen Stadt und Land und mit Blick auf die Möglichkeiten für Auszubildende, unter zumutbaren Bedingungen mobil zu sein.

Digitale Semester hinterlassen Spuren



Martin Geisler, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie wird viel über Kitas und Schulen diskutiert, die Hochschulen scheinen aus dem Blick geraten zu sein. Dabei hat Corona auch dort gravierende Folgen: Es läuft bereits das dritte Semester ohne Präsenzveranstaltungen, Beratungsangebote sind schwerer zu erreichen, das studentische Leben ist zum Erliegen gekommen. [Wir fordern](#)

[die Staatsregierung auf](#), eine langfristige Strategie für eine Wiederaufnahme des Hochschulbetriebs unter Corona-Bedingungen zu entwickeln. [Das fordert auch die Initiative #NichtNurOnline](#). Nötig sind Konzepte, wie ein Studium unter Pandemiebedingungen ablaufen kann – die Hochschule Mittweida macht es mit der „[Mittweidaer Tandemstrategie](#)“ vor.

Höchste Zeit für ein Lieferkettengesetz



Sharat Chowdhury / Wikimedia Commons / CC BY 2.5

Textilien, elektronische Geräte, IT, Schokolade, Kaffee – in vielen Produktbereichen gehören Kinderarbeit, gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen, Armutslöhne und fehlende Arbeitnehmer- oder Gewerkschaftsrechte zur traurigen Realität deutscher Unternehmen mit Lieferketten im Ausland. Die Katastrophe in der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch ist nun acht Jahre her und es gibt immer noch kein

Lieferkettengesetz, das Unternehmen auf grundlegende Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltstandards verpflichtet. [Wir wollen](#), dass die Staatsregierung im Bund für ein Lieferkettengesetz eintritt – auf der Grundlage des Vorschlags der „[Initiative Lieferkettengesetz](#)“. Pflichtverletzungen [müssen sanktionsbewehrt sein](#).

Abschiebungen schaffen Fakten zulasten der Menschenrechte



Malte Hempel / flickr.com / CC BY-SA 2.0

Im April ging wieder eine Sammelabschiebung nach Georgien. Darunter war eine fünfköpfige Familie, bei der Mutter wurde eine psychische Erkrankung diagnostiziert. Sie beantragte eine amtsärztliche Begutachtung im Landkreis zur Beurteilung ihrer Reisefähigkeit - das Sozial- und Ausländeramt lehnte ab, mit folgender grotesker Begründung: Es „wurde festgestellt, dass im Hinblick auf die [...] bestehenden Diagnosen die

Begutachtung durch einen Facharzt für Psychiatrie unabdinglich ist.“ Doch es war kein solcher verfügbar. Bevor sich die Familie wehren konnte, war sie bereits rausgeworfen. [Die Konsequenzen aus scheinbar trockenem Behördendeutsch können massiv sein.](#)

Auch das gibt's



Es wird manchmal behauptet, Politiker seien nicht ehrlich. Ministerpräsident [Kretschmer ist in diesen Tagen ein leuchtendes Gegenbeispiel:](#) „Es wäre falsch, nach dem Corona-Lockdown in einen Klima-Lockdown zu gehen“, gab er zu Protokoll. Nun – ein Lockdown bringt nur dann schnelle Abhilfe, wenn die großen Wirtschaftsunternehmen mitziehen müssen, nicht nur alle Privatpersonen. Das will Kretschmer

weder bei Corona noch beim Klima. Insofern ist seine Forderung durchaus aufrichtig. Allerdings hat gar niemand einen Klima-Lockdown gefordert. Kretschmer schießt also auf Pappkameraden – ob das die Debatte voranbringt?

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

Telefon: 0351 4935800

Fax: 0351 4935460

linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)